

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 32 (1935)

Heft: 3

Artikel: Verwandtenunterstützung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-837316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitpunkt der Standesänderung an eintreten zu lassen. Da das Kind bis dahin in Wirklichkeit das Bürgerrecht seiner Mutter besaß, wurden alle Unterstützungen von der Heimatgemeinde, bzw. vom Heimatkanton der Mutter geordnet und getragen oder doch in Verbindung mit ihr durch die Wohngemeinde. Der Heimatgemeinde des Vaters kam naturgemäß gar kein Mitspracherecht zu. Es ist nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch praktisch vielfach sehr wahrscheinlich, daß letztere, wenn sie hätte mitreden können, eine andere Lösung getroffen und ein anderes Unterstützungsmaß festgesetzt hätte. Wollte man beim Eintritt der Standesänderung alle von den bisher zuständigen Organen beschlossenen Unterstützungen ohne weiteres der neuen Heimatbehörde überbinden, so hätte man die merkwürdige Tatsache, daß diese zu Leistungen verpflichtet würde, zu denen sie überhaupt nie hatte Stellung beziehen können. Daß das im interkantonalen Unterstützungsverhältnis nicht durchgesetzt werden könnte, bedarf keiner näheren Begründung. Die Lösung ist aber derart unhaltbar, daß sie auch innerkantonal nicht durch einen Rechtspruch des Regierungsrates vorgeschrieben werden könnte. Sie ließe sich in keiner Weise haltbar begründen. Eine Fiktion muß aufgegeben werden, sobald sie zu Unzukömmlichkeiten führt. Man darf ihretwegen das Rechtsleben nicht in Bahnen zwingen, die eine vernünftige Ordnung der Rechtsbeziehungen ausschließen. Die Überbindung von Unterstützungen an eine Behörde, die zur Festsetzung nicht Stellung beziehen konnte, darf, weil gegen eine vernünftige Ordnung des Armengesetzes verstoßend, nicht verfügt werden.

Demnach hat der Regierungsrat erkannt:

Die Ortsbürgergemeinde Pf. wird zur Bezahlung der 684 Fr. Pflegekosten für das außereheliche Kind J. D., nunmehr J., verpflichtet.

Verwandtenunterstützung.

„I. Im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern kann auch dann ein Verwandtenbeitrag auferlegt werden, wenn der Beitragspflichtige dadurch gezwungen wird, seine Lebenshaltung in erträglichem Maße einzuschränken.

„II. Beiträge der Heimatgemeinde entbinden den Unterstützungspflichtigen nicht von seiner Beitragspflicht.“ (Entscheid des Regierungsrates des Kantons Bern vom 15. Mai 1934.)

„III. Geschwister und Halbgeschwister können zur Unterstützung herangezogen werden, wenn sie sich in günstigen Verhältnissen befinden. Die Höhe des Betrages bemißt sich einerseits nach den Bedürfnissen des Berechtigten und andererseits nach den Verhältnissen des Pflichtigen.“ (Entscheid des bernischen Regierungsrates vom 25. Mai 1934.)

„IV. Unter Geschwistern kann ein angemessener Verwandtenbeitrag dann auferlegt werden, wenn der Pflichtige den ihm zugemuteten Beitrag leisten kann, ohne sich dadurch in seiner Lebenshaltung einschränken zu müssen.“ (Entscheid des bernischen Regierungsrates vom 8. Juni 1934.)

„V. Im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern kann ein Verwandtenbeitrag auch dann auferlegt werden, wenn der Pflichtige dadurch zu erträglicher Einschränkung seiner Lebenshaltung gezwungen wird; günstige Verhältnisse brauchen also nicht vorzuliegen.“ (Entscheid des bernischen Regierungsrates vom 12. Juni 1934.)

(III. bis V. s. Monatschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen, Bd. XXXII, Nr. 133, 135 und 136.)